

11-12/2009

2015
aktuell

08. Dezember 2009

1. **Erwartungen an den Klimagipfel**
2. **Welternährungskonferenz in Rom**
3. **WTO-Ministertreffen stößt auf Kritik**
4. **Kampagne zur Transaktionssteuer trifft auf breite Zustimmung**
5. **Niebel rückt von ODA-Stufenplan ab**
6. **Schattenbericht: Klimaschutz erfordert Aufstockung der ODA-Mittel**
7. **Indizes zu Korruption und Steuerflucht vorgestellt**
8. **Dramatischer Anstieg ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse – Frauen besonders betroffen**
9. **Weltaidstag**
10. **Gender und Klimawandel**
11. **Verbesserung der sanitären Grundversorgung eingefordert**
12. **Social Watch Report Deutschland 2009**

*Kurz notiert
Termine*

1. Erwartungen an den Klimagipfel

Im Vorfeld des Weltklimagipfels, der vom 7. bis 18. Dezember in Kopenhagen stattfindet, haben sich weltweit Umwelt- und Entwicklungsorganisationen mit vielfältigen Aktionen für konkrete Ergebnisse des Gipfels eingesetzt. In der dänischen Hauptstadt soll auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen ein neues internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 vereinbart werden. Ziel dabei ist, den Ausstoß von Treibhausgasen so weit zu mindern, dass die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten begrenzt bleibt. Dazu sollen anspruchsvolle Ziele für die Emissionsminderung sowohl in den Industrie- wie auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern vereinbart werden. Entwicklungsländer sollen bei Klimaschutzmaßnahmen und der Anpassung an den Klimawandel durch Technologietransfer und finanzielle Hilfen unterstützt

werden. Ein Erfolg der Verhandlungen hängt hauptsächlich von der Bereitschaft der Industrieländer und wichtiger Schwellenländer wie China und Indien ab, sich auf verbindliche Ziele zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen zu verständigen. Zudem sind der Umfang und die Mobilisierung der notwendigen Unterstützungsmaßnahmen für Entwicklungsländer umstritten.

en.cop15.dk/

Auf verschiedenen Konferenzen im Vorfeld von Kopenhagen haben Industrie- sowie Schwellen- und Entwicklungsländer ihre Positionen für die Kopenhagen-Konferenz abgestimmt. Die Europäische Union (EU) hatte beim Treffen des Europäischen Rats Ende Oktober das Ziel bestätigt, die eigenen Emissionen bis 2020 um mindestens 20 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken. Im Bereich Klimafinanzierung wurde vereinbart, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten einen „fairen Anteil“ der zusätzlich für Entwicklungsländer erforderlichen Mittel übernehmen werden, ohne sich jedoch auf konkrete finanzielle Zusagen festzulegen. Stattdessen soll die Anschubfinanzierung auf freiwilliger Basis entsprechend der wirtschaftlichen und finanziellen Lage geleistet werden. Der für Entwicklungsländer zusätzlich zur Entwicklungshilfe erforderliche Betrag wird auf jährlich 22 bis 50 Milliarden Euro geschätzt.

europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/493&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en

Bei einem Treffen in Peking Ende November forderten China, Indien, Brasilien und Südafrika die Industriestaaten auf, beim Kampf gegen den Klimawandel finanzielle und technologische Hilfen zu leisten. China hatte zuvor angekündigt, bis zum Jahr 2020 eine Emissionsreduzierung relativ zur Wirtschaftsleistung um 40 bis 45 Prozent gegenüber 2005 erreichen zu wollen. Medienberichten zufolge haben China, Indien, Brasilien und Südafrika wenige Tage vor Konferenzbeginn in einem Positionspapier verbindliche Ziele zum Klimaschutz und eine Begrenzung der Erderwärmung auf maximal zwei Grad als gemeinsame Messlatte abgelehnt.

<http://de.reuters.com/article/worldNews/idDEBEE5AS02520091129>

Bei einer Konferenz Ende November in Trinidad und Tobago hatten die 53 Commonwealth-Staaten ein bindendes Abkommen in Kopenhagen gefordert sowie auf Vorschlag von Großbritanniens Premier Gordon Brown die Gründung eines Fonds in Höhe von zehn Milliarden Dollar angeregt, um arme und besonders vom Klimawandel betroffene Staaten zu unterstützen. Fast die Hälfte der Commonwealth-Mitglieder sind kleine Inselstaaten, die besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen sind.

www.thecommonwealth.org/news/34580/34581/217162/021209leaderspraisechogm.htm

Mit der Verabschiedung eines Antrags der CDU/CSU und FDP-Fraktionen hat sich am 3. Dezember die Mehrheit des Deutschen Bundestags zur Konferenz von Kopenhagen positioniert. In Kopenhagen solle „zumindest eine Entscheidung über die Kernpunkte des künftigen Abkommens“ getroffen werden. Die Koalitionsfraktionen fordern, dass sowohl Entscheidungen über konkrete Emissionsminderungen durch die Industrie- und Entwicklungsländer beschlossen werden sollen, als auch über die Finanzierung des Klimaschutzes und die Anpassung an den Klimawandel. Deutschland und die EU sollen einen „fairen und

angemessenen Anteil“ bei der Finanzierung von Maßnahmen zur Emissionsminderung und Anpassung in den Entwicklungsländern beitragen.

dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/001/1700100.pdf

Germanwatch kritisierte, dass in dem verabschiedeten Antrag die Finanzmittel für Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Entwicklungsländern auf die schon bestehende Zusage der Industrieländer, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungsfinanzierung bereit zu stellen, angerechnet werden sollen. Die Bundesregierung setze damit das Abkommen von Kopenhagen aufs Spiel, da die Entwicklungsländer diese Schönrechnung durchschauen würden, erklärte Germanwatch-Vorsitzender Klaus Mielke.

www.germanwatch.org/presse/2009-12-03.htm

Zuvor hatte ein breites Bündnis von Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu einer entschlossenen und global gerechten Klimapolitik aufgerufen. Brot für die Welt, der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), Germanwatch, die Heinrich-Böll-Stiftung, MISEREOR, Oxfam Deutschland und Welthungerhilfe forderten die Bundesregierung dazu auf, sich in Kopenhagen für ein wirklich ambitioniertes und rechtlich verbindliches Klima-Abkommen einzusetzen. Als Hauptverantwortliche des Klimawandels müssten Deutschland und die anderen Industriestaaten die Menschen in den armen Ländern bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels und bei einer klimafreundlichen Entwicklung angemessen unterstützen. Ein Scheitern der Kopenhagen-Konferenz wäre fatal für die Menschen in den Entwicklungsländern, so die Organisationen. Das bischöfliche Hilfswerk MISEREOR hat kurz vor Konferenzbeginn vor faulen Kompromissen und bloßen Absichtserklärungen gewarnt. „Wir fordern alle Nationen auf, ein präzises, völkerrechtlich verbindliches Abkommen zu beschließen“, so MISEREOR-Hauptgeschäftsführer Josef Sayer.

www.brot-fuer-die-welt.de/presse/index_954_DEU_HTML.php?ck=435

www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/hohe-erwartungen-an-kopenhagener-klima-konferenz.html

Mit einem Forderungspapier an die neue Bundesregierung hat sich der Verband Entwicklungspolitik deutscher NRO (VENRO) für ehrgeizige, gerechte und verbindliche Vereinbarungen in Kopenhagen eingesetzt. Dazu gehört laut Verband eine angemessene und verlässliche Finanzunterstützung der Entwicklungsländer bei Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen. Die dafür notwendigen Mittel sollten von 2013 bis 2020 auf jährlich mindestens 110 Milliarden Euro anwachsen. Deutschland sollte einen Beitrag von mindestens sieben Milliarden Euro übernehmen. Die Mittel zur Klimafinanzierung müssen, so VENRO, zusätzlich zu den Verpflichtungen zur Steigerung der Entwicklungshilfeleistungen auf 0,7 Prozent des BIP aufgebracht werden. Als mögliche Instrumente, um diese Mittel zu generieren, kämen Versteigerungserlöse aus dem nationalen oder regionalen Emissionshandel oder Mittel aus dem internationalen Flug- und Seeverkehr in Frage.

www.venro.org/fileadmin/redaktion/dokumente/Dokumente_2009/November_2009/Forderungen_Kopenhagen.pdf

In dem Bericht „**Copenhagen Diagnosis**“ fassen 26 Wissenschaftler die neusten Ergebnisse der Klimaforschung zusammen. Ohne eine deutliche Verminderung der Treibhausgas-Emissionen könnte die globale Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 bis zu sieben Grad ansteigen. Die Emissionen von Kohlendioxid und anderen

Treibhausgasen müssten noch in diesem Jahrhundert fast auf null gesenkt werden, so die Klimaforscher.

www.cccr.unsw.edu.au/Copenhagen/Copenhagen_Diagnosis_HIGH.pdf

2. Welternährungskonferenz in Rom

Der Welternährungsgipfel, der vom 16. bis 18. November in Rom stattfand, brachte wenig konkrete Ergebnisse. In der bereits zu Beginn des Gipfels von den Repräsentanten aus den über 190 Mitgliedsstaaten der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) verabschiedeten Erklärung wurden zwar die internationalen Ziele, wie die Halbierung des Hungers in der Welt bis zum Jahr 2015 und das Recht auf Nahrung, bekräftigt. Konkrete Finanzierungszusagen oder Aktionspläne für die Bekämpfung des Hungers wurden aber nicht vereinbart. Kern der Abschlusserklärung sind die fünf Rom-Prinzipien für nachhaltige weltweite Ernährungssicherheit, die unter anderem das Recht auf Nahrung festschreiben sowie Verpflichtungen und Maßnahmen zur Stärkung der Kleinbauern und der ländlichen Entwicklung enthalten. Wichtigstes Konferenzergebnis ist die Reform und Stärkung des FAO-Komitees für Ernährungssicherheit (Committee on World Food Security, CFS). Dieses zwischenstaatliche Gremium, dem auch internationale Organisationen und Repräsentanten der Zivilgesellschaft angehören, soll künftig alle internationalen Aktivitäten zur Bekämpfung des Hungers und zur Lösung der Welternährungskrise koordinieren. Dabei wird es von einem hochrangigen Expertengremium beraten.

www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/Summit/Docs/Arrangements/English_WSFS_2009_INF_5.pdf

FAO-Generaldirektor Jacques Diouf äußerte sich zum Abschluss der Konferenz enttäuscht über die fehlenden konkreten Hilfszusagen und Zeitziele. Die FAO hatte das Jahr 2025 als Zielmarke für die völlige Beseitigung des Hungers und eine Erhöhung der Hilfen für die ländliche Entwicklung um jährlich 44 Milliarden Dollar vorgeschlagen.

www.fao.org/wsfs/world-summit/en/

Bundesagrarministerin Ilse Aigner dagegen bewertete die Gipfelergebnisse positiv. Die in Rom etablierte Globale Partnerschaft für Landwirtschaft und Ernährungssicherung sei zukunftsweisend. Die Bezugnahme auf das Recht auf Nahrung stärke die Position des Einzelnen und nimmt die Regierungen zur Ernährungssicherung in die Pflicht, so die Ministerin. Gudrun Kopp, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), erklärte in Rom, das Entwicklungsministerium werde in den kommenden drei Jahren jährlich 700 Millionen Euro zur Verbesserung der Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern zur Verfügung stellen. Das sind 200 Millionen pro Jahr mehr als bisher.

www.bmelv.de/clin_172/SharedDocs/Pressemitteilungen/2009/268-AI-Welternaehrungsgipfel.html?nn=310770

www.bmz.de/de/presse/pm/2009/november/pm_20091116_98.html

Die Ergebnisse des Gipfels sind bei NRO auf ein überwiegend kritisches Echo gestoßen. „Angesichts der Rekordzahl von einer Milliarde Hungernden und der Dringlichkeit des Problems sind die Ergebnisse dürftig“, so Marita Wiggerthale, Agrarexpertin von Oxfam. Die Welthungerhilfe begrüßte zwar die schnelle Verständigung auf eine Abschlusserklärung und hob als positive Punkte die

beschlossene Reform des Komitees für globale Ernährungssicherheit und die künftige Beteiligung von NRO hervor. Kritisch zu bewerten sei dagegen, dass in der Erklärung kein Zeitziel zur Überwindung des Hungers genannt werde und dass es keine klare Verpflichtung gebe, den Anteil für ländliche Entwicklung an der internationalen Entwicklungshilfe zu erhöhen. Aus Sicht von MISEREOR ist die Erklärung eine herbe Enttäuschung. Besonders problematisch sei das Festhalten an alten Rezepten bei Landwirtschaftstechnologien und in der Handelspolitik. Die Agrarhandelspolitik, die in den letzten Jahrzehnten den Schutz der Märkte der armen Länder zunehmend abgebaut habe, sei – so MISEREOR – mitverantwortlich für die wachsenden Hungerzahlen. Einziger Lichtblick in der Erklärung sei die Aufwertung des Komitees für Ernährungssicherheit. Die Menschenrechtsorganisation FIAN erklärte, dass Antworten auf zentrale Ursachen des Hungers wie ungerechter Welthandel, Landnahmen durch ausländische Unternehmen und Staaten, Spekulation an den Rohstoffbörsen und die öffentlich geförderte Expansion von Energiepflanzen für Agrartreibstoffe im Abschlussdokument fehlten. Mit Landnahme (auch „land grabbing“) ist der Aufkauf oder die langjährige Pacht von fruchtbarem Ackerland in Entwicklungsländern durch finanzstarke Staaten oder private Investoren gemeint. Die dort angebauten Nahrungsmittel sind für den Export bestimmt und dienen nicht der Nahrungsmittelversorgung der lokalen Bevölkerung.

www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=441

www.welthungerhilfe.de/gipfelfazit.html

www.misereor.de/presse/detailansicht-presse/article/misereor-kritisiert-erklaerung-zum-welternaehrungsgipfel-scharf.html

www.fian.de/fian/index.php?option=content&task=view&id=665&Itemid=79

3. WTO-Ministertreffen stößt auf Kritik

Die seit 2001 laufenden Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) über die Liberalisierung der weltweiten Handelspolitik im Rahmen der sogenannten „Doha-Runde“ sollen im kommenden Jahr abgeschlossen werden. Dies erklärte WTO-Generaldirektor Pascal Lamy zum Abschluss eines dreitägigen Ministertreffens der WTO in Genf. Inhaltliche Beschlüsse zu den strittigen Fragen der Doha-Runde wurden nicht getroffen. Bei den Auseinandersetzungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern geht es im Kern um Liberalisierungsregelungen, die Entwicklungsländern Marktöffnungen vorschreiben, während die Industrienationen ihre Volkswirtschaften durch Protektionismus schützen. Ziel der Verhandlungen in Genf war es, die Bedeutung der WTO im Kontext der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, sowie im Vorfeld der Klimakonferenz von Kopenhagen zu diskutieren. Minister von 22 Entwicklungs- und Schwellenländern einigten sich außerdem am Rande der Ministertagung auf eigene Freihandelsabkommen. Zudem konnte ein lange währender Streit um Einfuhrzölle von Bananen zwischen der EU und verschiedenen Entwicklungsländern beigelegt werden.

www.wto.org/

NRO kritisierten die Ergebnisse der Genfer Verhandlungen scharf. Das globalisierungskritische Netzwerk attac erklärte die Konferenz für gescheitert, da sie deutlich gemacht habe, dass die WTO nicht in der Lage sei, angemessen auf die veränderte weltwirtschaftliche Lage zu reagieren. Stattdessen hätten die Industrieländer den Regierungen vieler Entwicklungsländer Lippenbekenntnisse für einen schnellen Abschluss der Doha-Runde abgepresst. Deren Abschluss wäre jedoch fatal für die Entwicklung in den Ländern des Südens. Der EED, die

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) und die NRO WEED forderten zum Abschluss der WTO-Ministerkonferenz, dass soziale Sicherheit und menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten Vorrang vor Profitinteressen haben müssten. Mehrere Jahrzehnte Liberalisierungspolitik in Afrika und Lateinamerika hätten gezeigt, dass Liberalisierung zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führt. Vom Freihandel profitieren hingegen nur wenige. Im Vorfeld der Konferenz hatte der EED angesichts von über einer Milliarde hungernder Menschen, zunehmender Armut und Umweltzerstörung eine politische Kehrtwende gefordert. Statt weiterer Liberalisierung sei eine zielgerichtete Politik zur Armutsbekämpfung und zum Schutz der Umwelt erforderlich.

www.attac.de/aktuell/presse/detailansicht/datum/2009/12/02/wto-steckt-kopf-in-den-sand-krisenursachen-kein-thema/?no_cache=1

www.eed.de/de/de.eed/de.eed.press/de.eed.press.all/de.presse.384/

www.weed-online.org/themen/3105528.html

Oxfam hatte im Vorfeld der Konferenz eine Studie zu den Auswirkungen billiger Milchpulverimporte auf die lokalen Milchbauern in Bangladesch vorgelegt. Unter dem Titel „**Abgedrängt**“ kommt die Studie zu dem Schluss, dass unfaire Handelspolitik die Ärmsten am härtesten trifft. Fallen die Milchpreise in Bangladesch um 2,5 Prozent pro Liter Milch, sinkt das tägliche Familieneinkommen der Ärmsten von 63 auf 53 Cent. Es sei deshalb unhaltbar, dass die in Bangladesch produzierte Frischmilch derzeit teurer ist als die Importmilch. Die Überschussproduktion der EU, die Exportsubventionen und die Ausfuhr von billigem EU-Milchpulver nach Bangladesch hätten ein Preisdumping initiiert, das die Existenz der lokalen Milchbauern ruiniere. Anlässlich der WTO-Konferenz forderte Oxfam deshalb die Einführung international gültiger und fairer Handelsregeln. Das Aussetzen der Milchsubventionen, das die EU am 19. November beschlossen hat, reiche nicht aus, um in Zukunft die Einfuhr von Billigimporten in arme Länder zu verhindern. Arme Länder brauchen wirksame Schutzmöglichkeiten für ihre kleinbäuerliche Landwirtschaft und ihre im Aufbau befindliche Lebensmittelindustrie. Andernfalls seien sie der billigen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert.

www.oxfam.de/download/summary_milch_bangladesch.pdf

4. Kampagne zur Transaktionssteuer trifft auf breite Zustimmung

Mehr als 50.000 Bürgerinnen und Bürger haben innerhalb von drei Wochen eine von dem Kampagnen-Bündnis „**Steuer gegen Armut**“ initiierte Petition zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterzeichnet. Damit hat die Petition das erforderliche Quorum für eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages erreicht. Ziel der Kampagne ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die gleichzeitig zur Finanzierung von Armutsbekämpfung und zur Regulierung von Finanzmärkten beitragen soll. Nach Aussagen von Jörg Alt, dem Initiator der Kampagne hat sie neben der öffentlichen Anhörung auch erreicht, dass sich Menschen im ganzen Land mit den negativen Auswirkungen deregulierter Finanzmärkte auseinandergesetzt haben. Die Kampagne findet immer breitere gesellschaftliche Unterstützung, sie wird inzwischen von 48 namhaften Organisationen und 24 Einzelpersonen getragen. Auch die Evangelische Kirche Deutschland hat ihre Unterstützung für die Kampagne zum Ausdruck gebracht.

www.steuer-gegen-armut.org

Die Petition wurde aus Anlass des Treffens der G20-Finanzminister und – Notenbankgouverneure am 6. und 7. November 2009 im schottischen St. Andrews gestartet. Nachdem Deutschland unter der alten Bundesregierung und Frankreich für die Einführung einer solchen Finanzmarktsteuer plädiert hatten, unterstützte in St. Andrews auch der britische Premier Brown dieses Vorhaben. Eine Aufnahme in das Abschlussdokument blieb aufgrund der Zurückhaltung der USA, Kanada und des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus. Ebenfalls keinen Durchbruch gab es bei den Verhandlungen bezüglich der Finanzierung des Klimaschutzes in Entwicklungsländern. Die Finanzminister der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer konnten sich nicht auf eine Aufteilung der Kosten einigen, versicherten allerdings, sich beim UN-Klimagipfel in Kopenhagen für ein ambitioniertes Ergebnis einsetzen zu wollen.

www.g20.org

www.bundesfinanzministerium.de/nr_2368/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Internationale_Beziehungen/091109_st_Andrews_Anlage_1,templateId=raw,property=publicationFile.pdf

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel hat sich inzwischen ausdrücklich gegen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung der Entwicklungshilfe ausgesprochen. Diese sei nicht Bestandteil des Koalitionsvertrags und werde deshalb in dieser Legislaturperiode auch nicht eingeführt. In Fragen der Entwicklungsfinanzierung herrsche jedoch große Einigkeit zwischen ihm und der Kanzlerin: Das 0,7-Prozent-Ziel stehe im Koalitionsvertrag, neue Steuern seien nicht notwendig, um es umzusetzen.

www.bmz.de/de/presse/pm/2009/dezember/pm_20091205_107.html

5. Niebel rückt von ODA-Stufenplan ab

Der neue Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel hat in einem Interview erklärt, dass er die EU-Vereinbarungen zur Erhöhung der Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 in Deutschland für nicht erreichbar hält. Nach dem EU-Stufenplan müsste Deutschland seine Mittel für Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2010 von derzeit 0,38 Prozent auf 0,51 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) steigern. In einem Jahr von 0,38 auf 0,51 Prozent zu kommen sei, so Minister Niebel, in der derzeitigen Situation nicht darstellbar. Am Ziel bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent des BIP zu erreichen, werde aber festgehalten. Zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2010 hat Niebel eine Erhöhung des BMZ-Etats um 300 Millionen Euro angemeldet. Der Haushaltsentwurf 2010 soll am 16. Dezember im Bundeskabinett verabschiedet werden.

www.domradio.de/includesDEV/eactions/eactions_print.asp?ID=58664

Die entwicklungspolitische Lobby-Organisation ONE hat mit deutlicher Kritik und Unverständnis auf Niebels Absage an das 0,51 Prozent-Ziel reagiert. ONE fordert von der Bundesregierung einen nachvollziehbaren Finanzplan zur Erreichung dieses Ziels bis zum Jahr 2015. Der stellvertretende Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Thilo Hoppe (MdB) forderte ein Festhalten am EU-Stufenplan. 300 Millionen, so Hoppe, sind mit Blick auf die Herausforderungen, vor denen die Entwicklungspolitik steht, eindeutig zu wenig. Bei der Finanzierung führe kein Weg an innovativen Finanzierungsinstrumenten wie einer Finanzmarktsteuer vorbei, betonte Hoppe.

www.one.org/c/de/pressemitteilungen/3167/

www.gruene-bundestag.de/cms/presse/dok/315/315013.niebels_offenbarungseid.html

6. Schattenbericht: Klimaschutz erfordert Aufstockung der ODA-Mittel

In ihrem 17. Bericht über die Wirklichkeit der Entwicklungshilfe appellieren die Hilfswerke Welthungerhilfe und terre des hommes an die neue Bundesregierung, die Finanzierung des Klimaschutzes verbindlich sicherzustellen und als eine eigenständige Aufgabe der Entwicklungspolitik zu verankern. Unter dem Titel „**Kurs auf Kopenhagen**“ analysiert der als Schattenbericht zu den offiziellen Zahlen des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC) konzipierte Report die Folgen der globalen Welternährungs-, Weltwirtschafts- und Weltklimakrise für die Entwicklungsländer. Die Autoren heben hervor, dass vor allem Menschen in den Ländern des Südens von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sein werden - obwohl diese weder den Klimawandel verursacht haben noch dessen Folgekosten bewältigen können. Die Hilfswerke fordern daher die Aufstockung der deutschen ODA-Mittel auf jährlich ein Prozent des Bruttonationaleinkommens. Nur so kann neben anderen zentralen Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit auch die Finanzierung eines Klimaschutzprogramms gewährleistet werden. Mit Blick auf verschiedene Subventions- und Konjunkturprogramme sei dieses durch gezielte Prioritätenverschiebungen in der Finanzplanung der Bundesregierung realisierbar.

www.tdh.de/content/materialien/download/download_wrapper.php?id=305

Entwicklungsminister Niebel bedankte sich in einer Stellungnahme für die kritische Begleitung der deutschen Entwicklungspolitik durch NRO und Kirchen und betonte, dass Union und FDP in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart hätten, dass Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutz zu den Schlüsselsektoren zählen, auf die man sich konzentrieren wolle. Im derzeitigen BMZ-Etat sei bereits rund eine Milliarde Euro für klimarelevante Projekte und Programme veranschlagt. Niebel betonte, dass die Bundesregierung mit Blick auf die Entwicklungsländer kohärent handeln müsse.

www.bmz.de/de/presse/pm/2009/november/pm_20091105_96.html

7. Indizes zu Korruption und Steuerflucht vorgestellt

Die NRO Transparency International (TI) hat im November ihren **Korruptionswahrnehmungsindex** veröffentlicht. Die Mehrzahl der 180 untersuchten Länder hat auf einer Skala von 0 (als sehr korrupt wahrgenommen) bis 10 Punkten (als wenig korrupt wahrgenommen) weniger als fünf Punkte erzielt. Der Index misst den Grad der bei Beamten und Politikern wahrgenommenen Korruption. Schlusslichter des Index bilden von Kriegen und dauerhaften Konflikten betroffene Länder. Dazu gehören Somalia (1,1 Punkte), Afghanistan (1,3), Myanmar (1,4) sowie der Sudan (1,5) und Irak (1,5). Deutschland ist unverändert auf Platz 14 und befindet sich damit im Mittelfeld von vergleichbaren Staaten. Häufig haben jedoch TI zufolge die an korrupten Geschäften beteiligten Unternehmen ihren Sitz in Industrieländern. Daher müsse auch Deutschland seine Anstrengungen verstärken, Korruption konsequent und wirksam zu bekämpfen.

www.transparency.de/Pressemitteilung-Transparency.1524.0.html

Bereits am 2. November hat das internationale „tax justice network“, das sich für Steuergerechtigkeit einsetzt, erstmals seinen **Financial Secrecy Index** (FSI) veröffentlicht. Er misst den Beitrag der 60 Steuer- und Verdunkelungsoasen zur

Intransparenz des internationalen Finanzsystems und nimmt dabei auch die großen Finanzplätze wie die City of London oder den US-Bundesstaat Delaware in den Blick. Der Index will auf diese Weise den aus Sicht des Netzwerks fragwürdigen Kriterien der von der G20-Staatengruppe favorisierten grauen Liste der OECD begegnen. Die graue Liste enthält Länder, die aus OECD-Sicht nicht entschieden genug gegen Steuerbetrug vorgehen. Außerdem soll das neue Ranking dem Umstand Rechnung tragen, dass zahlreiche Finanzzentren, die durch ihre Verdunkelungspolitik der Korruption in anderen Ländern massiv Vorschub leisten, dennoch im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International gut abschneiden, weil ihre interne Korruption als gering wahrgenommen wird.

<http://steuergerechtigkeit.blogspot.com>

8. Dramatischer Anstieg ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse – Frauen besonders betroffen

Die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse ohne staatlichen Schutz ist in den vergangenen Jahren alarmierend angestiegen. Laut OECD arbeiten fast zwei Drittel aller Erwerbstätigen weltweit in der informellen Wirtschaft, die meisten in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Mehrheit von ihnen sind Frauen. Eine neue Studie zu diesem Thema unter dem Titel "**Frauenarbeit im Schatten – Informelle Wirtschaft und Freie Exportzonen**" haben das Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene und die Evangelisch Lutherische Kirche in Bayern (ELKB) erarbeitet. Sie liefert Informationen über die informelle Wirtschaft und die 3500 Freien Exportzonen in 130 Ländern, die als einer der Gründe für die weltweite Ausbreitung ungeschützter Arbeit aufgeführt werden. Ihre Entwicklung wird im Kontext der Globalisierung und der vorherrschenden Geschlechterordnung betrachtet. Demnach beläuft sich der Anteil von Frauen in den Freien Exportzonen auf 70 bis 90 Prozent der Beschäftigten – vielfach werden in diesen Steuer- und Zollenklaven elementare Arbeits- und Frauenrechte verletzt. In der Folge gilt ein Großteil der Betroffenen als arm. Zudem wird auf die aktuelle Bilanz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verwiesen, wonach die Freien Exportzonen auch nach vier Dekaden kaum zur Entwicklung der lokalen Wirtschaft beitragen konnten. Vor diesem Hintergrund formuliert Südwind Forderungen zur Neuausrichtung des Wirtschaftens und der Geschlechterverhältnisse: Regierungen werden aufgefordert globale Sozialverpflichtungen von Unternehmen durch bindende Rechenschaftsverpflichtungen, die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards sowie durch eine Nachbesserung des Verbraucherinformationsgesetzes zu regulieren. Von Unternehmen wird die Einhaltung der Standards menschenwürdiger Arbeit sowohl innerhalb des Konzerns als auch bei den Zulieferern eingefordert. Ein erfolgreiches Engagement zur Verbesserung der dargestellten Situation erfordert Südwind zufolge zudem den Zusammenschluss von Akteuren in sozialen Bündnissen auf lokaler und internationaler Ebene. [www.suedwind-institut.de/download-p-u/2009-11-03_SW-ELKB-Studie Frauenarbeit-im-Schatten.pdf](http://www.suedwind-institut.de/download-p-u/2009-11-03_SW-ELKB-Studie_Frauenarbeit-im-Schatten.pdf)

9. Weltaidstag

Anlässlich des diesjährigen Weltaidstages am 1. Dezember rief UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon dazu auf, die Menschenrechte von Menschen, die HIV infiziert sind, sowie derjenigen, die zu besonderen Risikogruppen gehören und die als Kinder und Angehörige von der Epidemie betroffen sind, zu stärken. Insbesondere in Zeiten der

globalen Wirtschaftskrise sei dies zentral, um Fortschritte bei der Umsetzung der MDG zu erreichen. Daten, die das gemeinsame Programm der Vereinten Nationen zu HIV/Aids (UNAIDS) im Vorfeld des Weltaidstages veröffentlichte, zeigen, dass sich weltweit im Jahr 2008 etwa 2,7 Millionen Menschen neu mit HIV/Aids infiziert haben. Die Todesfälle sind zwar genauso wie die Neuinfektionen rückläufig, dennoch leben heute mehr Menschen mit dem Virus als je zuvor. Laut des UN-Berichts „**AIDS epidemic update 2009**“ sind aktuell 33,4 Millionen Menschen infiziert, allein 2008 starben zwei Millionen Menschen an den Folgen der Krankheit. Der Rückgang der Neuinfektionen um 17 Prozent seit 2001 belegt den Erfolg von Aufklärungs- und Präventionsprogrammen. Eine zunehmend verbesserte medizinische Versorgung führt dazu, dass seit 2004 auch die Todesfälle um mehr als zehn Prozent gesunken sind. Trotz dieser Erfolge sterben auch weiterhin – vor allem in Entwicklungs- und Schwellenländern – täglich 5500 Menschen an HIV/Aids und 7400 Menschen infizieren sich neu.

http://data.unaids.org/pub/PressStatement/2009/20091201_SG_WAD09_message_en.pdf

http://data.unaids.org/pub/Report/2009/2009_epidemic_update_en.pdf

Anlässlich des Weltaidstages veröffentlichte das UN-Kinderhilfswerk UNICEF den Bericht „**Children and AIDS**“. Demnach werden weltweit lediglich 38 Prozent der Kinder, die auf Aids-Medikamente angewiesen sind, entsprechend versorgt. Nur jedes dritte Kind HIV-infizierter Mütter wird vor einer Übertragung geschützt. Im südlichen Afrika ist es sogar nur jedes zehnte Kind. Die Autoren verweisen auf Fortschritte, wie den deutlich gestiegenen Anteil von Behandlungen infizierter Kinder. Die Mehrheit von ihnen bleibt allerdings unversorgt. Derzeit leben 2,1 Millionen Kinder mit dem HI-Virus, im vergangenen Jahr infizierten sich etwa 430.000 Kinder unter 15 Jahren neu. 280.000 Kinder starben 2008 an den Folgen von Aids. Schätzungsweise 17,5 Millionen Kinder verloren mindestens einen Elternteil. Neben mangelhaften Gesundheits- und Sozialsystemen begünstigen sexuelle Gewalt und die Diskriminierung von Frauen die Ausbreitung des Virus. Mit Blick auf die globale Finanzkrise warnt UNICEF vor Kürzungen der Mittel im Kampf gegen Aids.

[www.unicef.de/fileadmin/content_media/AIDS/Spots_und_mehr/Downloads/Publikationen/Children and AIDS A FSR LoRes PDF EN USLetter.pdf](http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/AIDS/Spots_und_mehr/Downloads/Publikationen/Children_and_AIDS_A_FSR_LoRes_PDF_EN_USLetter.pdf)

Bundesentwicklungsminister Niebel erklärte zum Weltaidstag, dass Gesundheit ein Menschenrecht ist. Zu den Zielen deutscher Entwicklungspolitik gehöre die Überwindung der Stigmatisierung und Ausgrenzung kranker Menschen. Dazu müsse beständig für Menschenrechte gestritten und Tabus aufgebrochen werden. Niebel betonte, Deutschland gehöre weltweit zu den großen Gebern im Gesundheitssektor und die HIV-Bekämpfung bleibe auch weiterhin ein wichtiges Ziel deutscher Entwicklungspolitik.

www.bmz.de/de/presse/pm/2009/november/pm_20091127_105.html

Das Aktionsbündnis gegen Aids forderte mit einer symbolischen Aktion am Weltaidstag die Anstrengungen der letzten Jahre im Kampf gegen HIV/Aids weiter zu verstärken. Vertretern verschiedener Pharmakonzerne wurde eine Liste mit über 28.000 Unterschriften überreicht, in denen gefordert wird, in Indien gestellte Patentanträge auf neue Aids-Medikamente zurückzuziehen. Bislang gab es hier kaum Patente, so dass die Preise für eine erste Therapielinie von 10.000 US-Dollar pro Jahr auf 87 US-Dollar gesunken sind. Bei neueren Produkten für Folgetherapien

liegen die Preise dagegen um ein vielfaches höher. Sollten die Patente in Indien erteilt werden, verhindert dies die Produktion und Vermarktung preisgünstigerer Generika und hätte verheerende Auswirkungen auf Millionen Patienten in Entwicklungs- und Schwellenländern. www.aids-kampagne.de

10. Gender und Klimawandel

Erfolgreiche internationale Klimapolitik muss die Themen Bevölkerungsdynamik, Frauenförderung und Gesundheit deutlich stärker berücksichtigen, so die Hauptaussage des Weltbevölkerungsberichts 2009 des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), den dieser am 18. November in Berlin zusammen mit der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW) vorgestellt hat. Unter dem Titel **„Eine Welt im Wandel: Frauen, Bevölkerung und Klima“** stellt der Bericht Zusammenhänge zwischen Geschlechterverhältnissen, Bevölkerungswachstum und Klimawandel dar und betont die Relevanz der Bevölkerungspolitik im Kampf gegen den Klimawandel. Demnach könnten durch einen um eine Milliarde Menschen geringeren Anstieg der Weltbevölkerung bis 2050 ein bis zwei Milliarden Tonnen weniger Kohlendioxid freigesetzt werden. Daher sind nachhaltige Investitionen im Gesundheitsbereich, vor allem in die reproduktive Gesundheit und Familienplanung, von signifikanter Bedeutung. Bevölkerungswachstum könne in vielen Regionen zur Verknappung natürlicher Ressourcen führen und somit Auswirkungen des Klimawandels weiter verschärfen. Besonders betroffen seien Frauen in den Ländern des Südens.

www.unfpa.org/swp/2009/en/pdf/EN_SOWP09.pdf

Auch Gudrun Kopp, Parlamentarische Staatssekretärin im BMZ, betonte, dass für einen wirksamen Klimaschutz langfristig die Stabilisierung der Weltbevölkerung notwendig sei. Entscheidend dafür seien ein verbesserter Zugang zur Familienplanung sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter. Ein zukünftiges Klimaabkommen müsse auch diese Aspekte integrieren. Kopp stellte zudem weitere Mittel zur Unterstützung der Entwicklungsländer im Kampf gegen den Klimawandel und der Anpassung an seine Folgen in Aussicht.

www.bmz.de/de/presse/pm/2009/november/pm_20091118_100.html

Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) veröffentlichte mit seinem Bildband **„Frauen und Klimawandel“** Positionen zum Thema Gender und Klima. Der Bildband portraitiert zwölf Frauen aus Bolivien, Deutschland und Tansania und informiert darüber, wie diese die klimatischen Veränderungen wahrnehmen und mit ihren Auswirkungen umgehen. Er ist im Rahmen des Projekts „Frauen stärken. Klima wandeln!“ entstanden, das die globalen Folgen des Klimawandels und insbesondere die Perspektiven und Ideen von Frauen aufzeigt. Hintergrund ist die besondere Betroffenheit von Frauen durch den Klimawandel. In vielen Ländern sind ihre Handlungsspielräume durch gesellschaftliche Rollen und Grenzen weiterhin eingeschränkt. Heute sind etwa 70 Prozent der unterhalb der Armutsgrenze lebenden Menschen weiblich. Die Folgen des Klimawandels wirken sich, dem Bildband zufolge, vor allem auf Lebensbereiche aus, für die vielfach Frauen und Mädchen Verantwortung tragen. Sie kümmern sich in ihren Familien um die Ernährung, Wasserversorgung und Gesundheitsfürsorge. Zerstören Extremwetterlagen die Ernte oder versiegen in Folge von Dürren Wasserstellen, erhöht sich ihre Arbeitsbelastung merklich. Dies belastet oftmals ihre Gesundheit, schränkt sie in der Beteiligung an politischen Prozessen ein oder erschwert ihren

Zugang zu Bildung. Zugleich engagieren sich weltweit zunehmend Frauen für die Anpassung an den Klimawandel und den Klimaschutz.

www.ven-nds.de/index.php/projekte/frauen-und-klima/24-frauen-staerken-klima-wandeln-das-projekt.html

11. Verbesserung der sanitären Grundversorgung eingefordert

Anlässlich des Welttoiletentags 2009 am 19. November mahnten verschiedene NRO die Umsetzung des siebten MDG zur Halbierung des Anteils der Menschen ohne Zugang zu sanitärer Grundversorgung an. Knapp 40 Prozent der Weltbevölkerung muss ohne sanitäre Grundversorgung leben. Den vorwiegend in Entwicklungsländern betroffenen 2,5 Milliarden Menschen drohen in Folge mangelnder hygienischer Versorgung Krankheiten und Seuchen. Jeden Tag sterben mehr als 6000 Kinder weltweit durch vermeidbare Durchfallserkrankungen, die primär auf mangelnden Zugang zu sauberem Wasser und Sanitätsanlagen zurückzuführen sind. Solidaritätsdienst-International e.V. (SODI) weist auf die Notwendigkeit angepasster Sanitäreinrichtungen hin, welche sozio-ökonomische und ökologische Bedingungen in Entwicklungsländern berücksichtigen. Auch Oxfam fordert einen verbesserten Zugang zu Sanitäreinrichtungen für die Bewohner der Länder des Südens. Damit werde nicht nur die sanitäre Situation in Katastrophen- und Krisengebieten verbessert, sondern gleichzeitig ein Bewusstsein für dieses oft vernachlässigte Thema geschaffen.

<http://worldtoiletday.com/>

http://sodi.de/news_detail.php?id=445

www.oxfam.de/a_611_presse.asp?id=438

12. Social Watch Report Deutschland 2009

Die globalen Krisen erfordern eine radikale Umkehr hin zu einer sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit. Diese Auffassung vertreten mehr als zwei Dutzend im Bündnis "Social Watch Deutschland" kooperierende NRO, die Mitte November den **"Social Watch Deutschland Report 2009"** vorstellten. Der zivilgesellschaftliche Bericht mit dem Titel „Globale Krisen – soziale Fragen und politische Konsequenzen“ verdeutlicht, dass die Globalität der Krisen auch globale Antworten erzwingt. Die gegenwärtige weltweite Krisensituation zeichnet sich nicht nur durch die Gleichzeitigkeit der Finanz- und Wirtschaftskrise, der Klima-, Ernährungs-, Wasser-, Energie und Biodiversitätskrise aus, sondern auch dadurch, dass sie in einem systematischen Zusammenhang stehen. Von den Krisen sind die Entwicklungsländer besonders betroffen, aber auch in den Industrie- und Schwellenländern sind ihre Folgen spürbar. So verschärft sich in vielen Ländern die Nahrungsmittelknappheit, die Zahl der Hungernden steigt, weltweit nimmt die soziale Polarisierung, die Kluft zwischen Arm und Reich, zu. Nahezu in allen Ländern sind Kinder und Frauen unverhältnismäßig stark betroffen. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Märkte nicht in der Lage sind, die primär von ihnen verursachten Probleme zu lösen. Der Bericht beleuchtet die vielfältigen Dimensionen der globalen Krisen und ihrer sozialen Folgen und fordert eine grundlegende Neuordnung der globalen Wirtschafts- und Finanzarchitektur. Die im April 2009 formulierten Reformvorschläge der von Nobelpreisträger Joseph Stiglitz geleiteten UN-Expertenkommission muss dem Bericht zufolge unter Führung der UN – nicht der G20 – umgesetzt werden. Auch die demokratische Teilhabe der Entwicklungsländer an globalen Entscheidungsprozessen sollte schnell und deutlich gestärkt werden.

Kurz notiert:

Auf der VENRO-Website **PRSP-Watch** steht ein aktuelles Länderprofil zur zivilgesellschaftlichen Beteiligung an der Erstellung und Umsetzung des nationalen Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung (PRSP) in **Nicaragua** bereit. Das Länderprofil zeigt, dass Konsultationsprozesse unter der Zivilgesellschaft nur begrenzten Eingang in die Strategiepapiere fanden. Zudem ist ungewiss, inwieweit der partizipative Planungsprozess unter dem aktuellen Präsidenten Daniel Ortega überhaupt weiter verfolgt wird.

<http://prsp-watch.de/laenderprofile/nicaragua.php>

20 Jahre nach Verabschiedung des UN-Übereinkommens über die Rechte der Kinder und zehn Jahre nach der erweiterten Entschuldungsinitiative (HIPC) hat die Kindernothilfe eine Evaluation zum Thema Kinderrechte und PRSP veröffentlicht. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass beide Themenfelder keinen besonders hohen Stellenwert in der entwicklungspolitischen Gemeinschaft erfahren. Erforderlich sind daher nach Meinung der Autorin eine stärkere Ansprache entwicklungspolitischer Akteure zu dem Thema, die Vertiefung des entsprechenden Fachdialogs sowie der entwicklungspolitischen „Aktionsforschung“.

www.kindernothilfe.de/Rubriken/Themen/Armutsbek%C3%A4mpfung/Neue_Studie_der_Kindernothilfe.html

Die Vereinten Nationen sind aus Anlass des 30. Jahrestages der Verabschiedung der UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) mit einer neuen Website online gegangen. Die Website führt weltweite Beispiele für eine erfolgreiche Umsetzung der Konvention auf, enthält einen Kalender mit regionalen und länderspezifischen Veranstaltungen rund um CEDAW und bietet Hintergrundinformationen zu der Konvention.

www.unifem.org/cedaw30

Termine

9. Dezember 2009, Köln, WEED, ENOFAD

Europäischer Workshop zur Finanztransaktionssteuer

Weitere Informationen: www.weed-online.org/themen/01finanzen/2977118.html

10. und 11. Dezember 2009, Berlin, BMZ, GTZ, HelpAge Deutschland u.a.

Einkommenssicherung im Alter als globale Herausforderung – Problemlagen und Reformmodelle zwischen Solidarität, Fürsorge und Markt

Tagung

Weitere Informationen: www.alterssicherung-global.de

12. Januar 2010, Berlin, Heinrich-Böll-Stiftung, Misereor

EcoFair rules! Die neue Rolle des Agrarhandels im Spannungsfeld der Klima-, Ernährungs- und Wirtschaftskrise

Internationale Konferenz

Weitere Informationen:

www.ecofair-trade.org/pics/de/18_11_09_Programm_dt_EFTrade.pdf

19. Januar 2010, Berlin, UN World Food Programme (WFP)

Neue Regierung, neue Rezepte – Wie der Hunger weltweit besiegt werden kann
Podiumsdiskussion

Weitere Informationen: www.wfp.org/deutsch

21. und 22. Januar 2010, Berlin, InWEnt, bpb u.a.

Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushaltes

Weitere Informationen:

www.buergerhaushalt.org/neuigkeiten/internationaler-kongress-buergerhaushalte/

27. Januar 2010, Berlin, Stiftung Nord-Süd-Brücken, VENRO und SLE

„Tödliche Hilfe und hilfreiche Totengräber?“ Dambisa Moyos Beitrag und die
Antworten der Entwicklungspolitik

Fachgespräch

Weitere Informationen: www.2015.venro.org/2015_termine.html

Herausgeber:

VENRO

Projekt „Perspektive 2015 – Armutsbekämpfung braucht Beteiligung“

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

Tel.: 030/280 466-70 / -71

Fax: 030/280 466-72

E-Mail: berlin@venro.org

Internet: www.2015.venro.org

Redaktion: Claus Körting und Merle Bilinski (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Daniel Stollberg

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung